

Erzähler vom Westermwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei Th. Kirchhölzel in Hachenburg.

250

Bezugspreis: wochentlich 2 70 Pf., monatlich 9 00 Pf., mit Beleglohn; buchd. Post 2 55 Pf., bezgl. 85 Pf. ohne Bestellgeb.

Während des Krieges müssen die Freilagen wegfallen.

Hachenburg, Donnerstag den 24. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (schaltbar im voraus) die schoneipaltene Zeile über deren Raum 20 Pf., die Restzeile 60 Pf.

11. Jahrg.

Das Banknotenhamstern.

Beginn des Krieges ist man mit berechtigter der Goldhamsterei entgegengetreten, und die Leberbung hat es auch tatsächlich erreicht, in allen Teilen die Erkenntnis zu erwecken, daß das Gold in der Welt gehört und es volkswirtschaftlich geradezu unerschwinglich darstellt, solches zu hamstern. Der ursprüngliche Sinn dieses Goldhamsterns war natürlich der, die Zukunft für alle Fälle bares Geld zur Hand zu haben. Durchaus verständlich für die Zeit des Krieges, falls, aber zur Not noch mehr für unsere Zeit: Gold und Silber haben eben an Wert, der kaum je zu zerstören ist. Die Erkenntnis der Bürgerlichkeit, das Gold zur Reichsbank zu bringen, hat die Großmutter'sche Strickstrumpf mit den barten Kronen und Talern erfolgreich lärmäßig werden lassen. Aber man hat das alte Sprüchlein, daß "Gold lacht", jetzt auf das Papiergeld übertragen, auf das recht wenig paßt. Denn einen stofflichen Wert hat das Gold und Silber, das Blatt Papier natürlich nicht. Das wir Banknote, Kassenschein usw. nennen, seine Wert liegt vielmehr darin, daß ihm der Staat die Verleihung hat, im Verkehr eine bestimmte Geldsumme zu sein. Eine Banknote, seien es tausend Mark, das ist für das Schein gleich — darzustellen. Im Verkehr stellen, das heißt aber doch nichts anderes, als daß die Banknote seinen Wert verleiht hat, wenn es dem Papiergeld entgegen und eingesperrt wird. Je mehr Scheine in Umlauf gebracht werden, um so mehr neue muß die Welt ausgedrückt lassen und ausgeben. Damit wird u. a. ihre Bedeutung verhältnismäßig geringer und das durch den Wert unserer Währung im Ausland. Noch wichtiger aber ist es, daß die Notenhamsterei den Verkehr unangenehm hindert, weil bald hier, bald da ein Mangel an Geldmangel im letzten Winter) den Mangel an den entsprechenden Zweigen ohne weiteres geleistet werden können.

Dabei stehen den bedenkliehen volkswirtschaftlichen, die eben kurz geschildert wurden, noch mal irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile vom Staates des einzelnen gegenüber! Das ist im Geldsummen werden können, die er zu Hause aufbewahrt — erst in diesen Tagen einem Berliner Fleischer mit 60 000 Mark so gegangen, die er am Tage von seiner Depositionskasse geholt hatte! — es verloren werden, das es verbrennen kann, das sind Gefahren, die jetzt noch größer sind, als im Krieg. Mancher Überfluge glaubt aber, sie zu Kauf nehmen können, weil ihm die Reichsbanknote sicher erscheint, das Bank- oder Sparfassenbuch und weil er "sofort" dafür zu kaufen bekommt. Nun — gegen die Arbeit einer Forderung an das Reich oder die Reichsbank natürlich nicht ein Wort einzuwenden, solange Deutschland und die deutsche Volkswirtschaft aufrecht werden unsere (guten, vorsichtig geleiteten) Banken Sparfassen stets in der Lage sein, für ihre Einlagen zu kommen. Ein Unterschied besteht allerdings, auch wenn von der Diebstahl- und Brandgefahr: auf dem Bank- und Sparfassenkonto werden einem die Einlagen nicht, die Banknote liegt ginslos daheim! Man sollte eigentlich annehmen, daß das gegen das Notensystem spricht.

Der Standpunkte des einzelnen, wie von dem des Staates aus ist die Notenhamsterei sinnlos und nutzlos; es wird Sache jedes ruhig und deutsch denkenden Mannes sein, daraus die gegebenen Folgerungen zu ziehen! Man der Papiergelddruck zu steuern, hat die Reichsbank beschlossen, daß die Coupons der 5% igen Kriegsschuld, die am 2. Januar 1919 fällig werden, schon jetzt bedingungslos verrentet werden können. Der Bundesrat hat bereits einer entsprechenden Verordnung zugestimmt. Handelt sich da um eine außergewöhnliche Maßregel, die nur als Notbehelf anzusehen, und die zuständigen Stellen wohl keineswegs die Schattenseiten, die mit verknüpft sind. Aber der Mangel an Papiergeld können anderen Ausweg offen. Eine Begründung für die Papiergeldhamsterei kann nicht geben, denn hierzu liegt auch nicht der geringste Anlaß vor. Bares Geld gehört nicht in Privatbesitz, es gibt hierzu nur zwei Wege: entweder in die Kasse oder Sparfasse.

Bedingungslos Kapitulieren verlangt.

Das Echo unserer neuen Note.

Basel, 23. Oktober.

Nach Veröffentlichung der deutschen Antwort brachte die Neuzerlegung zufolge der Republikaner Koalition dem zusammenfassenden Text und Präzisionsentwurf dem Antrag ein, in welchem Herr Bouquet vorgeschlagen weitere Verhandlungen zwischen den Vereinten Staaten und Deutschland zu suchen, bis die deutschen Streitkräfte bedingungslos kapitulieren.

Der Antrag zeigt den Geist, der in gewissen Kreisen herrscht. Ein englisches Blatt schreibt dazu: "Niemand in den Vereinten Staaten will einen Kom-

DEUTSCHES GUT FÜR DEUTSCHES BLUT

Leidenschaftliche Liebe meines Sohnes zum Vaterland erfüllte sein ganzes Wesen. Ich darf stolz sein auf seine Taten.

Dieses Brustbild läßt mich den Schmerz um seinen Verlust leichter ertragen. Denn ich habe die feste Überzeugung, daß sein unerschütterlicher Glaube an ein freies Deutschland sich erfüllen wird, wenn unter Volk opferbereit ausharrt.



Oberleutnant Immelmann

für sein Vaterland gefallen

19. Juni 1916

Gattin v. Immelmann

promittiert oder wird mit weniger zufrieden sein, als mit einer militärischen Entscheidung, die die militärische Macht Deutschlands bricht." Gleichzeitig aber äußert das Blatt Befürchtungen über die Stimmung in Amerika. Es meint, daß brutale Kraft allein kaum hinreichend sein werde, um den Krieg bald zu beenden. Eine Kriegsverlängerung würde aber für die Stimmung in den Vereinigten Staaten viel gefährlicher sein können, als irgendein etwaiger anderer Faktor.

Französische und englische Stimmen.

Das Urteil der französischen Blätter über die neue deutsche Note ist durchgängig abfällig. Die Blätter meinen, die einzige Tatsache, die sich aus der unklaren Note ergebe, sei, daß Deutschland dringend eines Waffenstillstandes bedürfte. Aber daran sei nicht zu denken, solange Deutschland nicht als Besiegter unterhandeln wolle. Die Blätter sind darin einig, daß Präsident Wilson die Antwort nicht als befriedigend ansehen wird. — Nicht wesentlich anders lauten die englischen Stimmen, unter denen sich einige in wüsten Beschimpfungen gefalle, während die meisten von einem "Spiel mit Worten" reden, dem ein Ende gemacht werden müsse. Lord Lansdowne erklärte in einer Unterredung, die Lage sei sehr kritisch und England müsse sehr behutsam vorgehen. Keiner werde wahrscheinlich die Verteidigung annehmen, daß die deutschen Behauptungen zu Lande und zur See durch Notwendigkeiten gerechtfertigt oder beschönigt werden können. Es bleibe abzuwarten, ob die bekanntgegebene Instruktion einen Stillstand dieser Ausschreitungen zur Folge haben wird. Ihre Erneuerung wäre verhängnisvoll für den weiteren Fortschritt der Verhandlungen.

Die deutsche Note in Washington.

Rotterdam, 23. Okt. Der amtliche Wortlaut der deutschen Note traf gestern in Washington auf der Schweizer Gesandtschaft ein.

Die Stimmung in Amerika.

Basel, 23. Okt. Aus New York berichtet die "Times", der Stand der Friedenshoffnungen sei seit Freitag wenig verändert. Im Senatsausschuß wurde die Frage der Kriegskosten angeschritten. Staatssekretär Lansing erklärte, das Friedensprogramm Wilsons enthalte nichts über die Erhaltung der Kriegsschäden.

Englische Blätter nach Washington.

Rotterdam, 23. Okt. Eine offizielle Reutersnotiz besagt, die Ansicht maßgebender englischer Kreise gehe dahin, daß die deutsche Note keine sachliche Unterlage habe. Die Note an Wilson nehme vielmehr ihre Zuflucht zu vielen Worten, um das Fehlen einer Antwort zu demüteln.

Französische Schadenersatzverhandlungen.

Genève, 23. Okt. Nach einer "Times"-Meldung aus Paris ist im Ministerium des Äußeren eine Kommission zusammengetreten zur Feststellung der Schadenersatzforderungen für die Verwundungen in den von den Deutschen gekümmerten Gebieten.

Wilson's Antwort.

Nach holländischen Blättermeldungen hat Präsident Wilson die deutsche Note vom 20. Oktober bereits beantwortet. Dieses wieder vom Staatssekretär Lansing unterzeichnete Schriftstück verlangt von Deutschland das Demütigendste, was uns seit Napoleons Zeiten jemals zugemutet worden ist.

Präsident Wilson stellt Deutschland vor die Wahl, rein Schiff zu machen und nicht nur mit der militärischen Gewalt, sondern auch mit den Hohenzollern aufzuräumen. Die Neußerungen über den Waffenstillstand kommen dem Verlangen nach bedingungsloser Uebergabe gleich. Waffenstillstand und Frieden erscheinen hier als ein und dasselbe. Wenn Deutschland die alten Rechte seit seit schiede, könne eine günstige Prüfung seiner Rechte und Interessen zugesagt werden. Bei einer solchen Prüfung würde Deutschland die Möglichkeit gelassen, mitzureden, die Möglichkeit und nicht die Macht, da diese bereits von vornherein durch die Waffenstillstandsbedingungen genommen ist.

Der Wortlaut der Note folgt in nächster Nummer.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Für die gleiche Beförderung von Offizieren und Unteroffizieren tritt ein konservativer Antrag ein, den der Abg. Graf v. Westarp eingebracht hat. Er hat folgenden Wortlaut: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen a) darauf hinzuwirken, daß die Beförderung für Mannschaften und Unteroffiziere vom 1. Oktober 1918 ab mindestens verdoppelt und eine angemessene Aufbesserung der Gehälter für Offiziere möglichst bald durchgeführt wird; b) die gleiche Beförderung von Offizieren und Mannschaften durchzuführen. — Der Antrag hat die Unterstützung der gesamten konservativen Reichstagsfraktion.

+ Der neue Staatssekretär von Elsaß-Lothringen Schwaner ist mit einer Rundgebung des Willens der Elsaß-Lothringer hervorgetreten. Er benutzte dazu die erste sich bietende Gelegenheit beim Empfang der Beamten des Ministeriums. Nachdem er sie um treue Mitarbeit für die Regierung, die, wie mit aller Schärfe gefordert werden müsse, nach neuen Richtlinien arbeiten werde, gebeten hatte, erklärte er: "Das mögen alle wissen: Die Selbständigkeit, die dem Lande jetzt nach langem Warten zuteil wird, wird es sich nie wieder nehmen lassen." — Die Regierung hat beschlossen, den Landtag innerhalb der nächsten 14 Tage einzuberufen.

Osterreich-Ungarn.

* Die politische Entwicklung in Osterreich-Ungarn steht im Zeichen unauflöslichen Auseinanderstrebens. Nachdem sich die erste Regierung Deutsch-Osterreichs konstituiert hat, werden auch die anderen Nationalitäten zu solchen Regierungsbildungen schreiten. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten, einen Vorkriegs-Ausschuß nach Art des deutschen Reichstagsbevollmächtigten zu bilden, ist abgelehnt worden, und es ist nicht abzusehen, wie der Reichsrat seine Geschäfte weiterführen wird, da niemand mehr an die gemeinsamen Interessen denkt. — In Ungarn hat Ministerpräsident Bekerle einen Gesetzentwurf angefügt, der die völlige Selbständigkeit Ungarns ausspricht. Mit allem Nachdruck wendet er sich aber gegen die Forderung der Opposition, sofort und unabhängig von Deutschland auf eigene Faust Friedensverhandlungen einzuleiten.

Holland.

* Die niederländische Regierung antwortete auf das amerikanische Anerbieten, 100 000 Tonnen Kohlen nach Holland zu liefern, falls es die Lebensmittelfuhr nach Deutschland einstelle: die Angelegenheit könne auf der Londoner Wirtschaftskonferenz entschieden werden, sie hänge eng zusammen mit der Benutzung des freien niederländischen Schiffsraumes, von dem noch ein Teil in den amerikanischen Häfen liege. Bei den Unterhandlungen in London zwischen den Niederlanden und England werde sich dann zeigen, inwieweit man von dem amerikanischen Anerbieten Gebrauch machen könne, wobei die Bedürfnisse der Niederlande und die Politik, die ihm seine Lage auferlege, in Betracht gezogen werden müßten.

Rumänien.

* Die Stimmung in Rumänien hat sich in den letzten Wochen grundlegend geändert. Allgemein nimmt man an, daß der Sturz des Kabinets Marghiloman bevorstehe. Der Friede von Bukarest wird in Jassy von niemandem mehr als existierend angesehen. Es herrscht allgemein die Ansicht vor, daß durch die Neugestaltung der weltpolitischen Lage die rumänischen Fragen viel günstiger erledigt werden würden. Die „pro-rumänischen“ Pläne sind wieder erwacht.

Russland.

* In einem Telegramm an Balfour richtet Volkskommissar Tschischerin heftige Anklagen gegen England und Frankreich wegen ihrer Haltung gegenüber den Tschecho-Slowaken. Die Note macht beide Staaten für die Greuelthaten der Tschecho-Slowaken verantwortlich und schließt: "Wenn die gesamte Bevölkerung dieser ungeheuren Gebiete täglich diese blutige Wirklichkeit ertragen muß und Hunderttausende von Menschenleben einen Fluch herausschreien gegen die halsstarrten Urheber der Verbrechen und besonders gegen den Imperialismus, welcher dieses unermeßliche Elend über das Land gebracht hat, so kann das Volkskommissariat nur mit Verachtung und Empörung den Versuch zurückweisen, der Verantwortlichkeit für Taten auszuweichen, deren ganze Last auf ihre Urheber fallen muß." — Das ist ziemlich deutlich!

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Okt. Der Reichskanzler ist an einer leichten Grippe erkrankt.

Berlin, 23. Okt. Dem Reichstage wird Mitte November eine neue Kriegskreditvorlage von wieder 15 Milliarden Mark zugehen.

Berlin, 23. Okt. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist eine Denkschrift des Finanzministeriums zugegangen, die über die Entstehung, die Grundzüge und die Ausgestaltung der im September gewährten einmaligen außerordentlichen Kriegsteuererhöhung Aufschluß gibt.

westlich von Vellan konnte der Angriff etwas gewinnen. In der übrigen Front ist er vor Vindien gescheitert. Auch am Nachmittage brach sich nach erneuter heftiger Artillerievorbereitung Angriff vor. Das 1. Bataillon Infanterie unter Führung eines Kommandeurs, Major Müller, hat in steter Verteidigung die Höhe östlich des Fortes gegen mehrfachen Ansturm des überlegenen Feindes gehalten.

Nach an der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Seereschlacht Ostsee. Zwischen Argonnen und und zwischen Naas und Rosel rege nächtliche Tätigkeit. Teilweise westlich der Naas und westlich Rosel ohne besonderes Ergebnis.

Leutnant Buchner errang seinen 40. Aufstieg. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Minister Scheuch über die Kriegsanleihe:

Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanleihe wird immer mindeliens so gut sein wie bares Geld.

Reich

Die deutschen Nahrungsmittelmaßnahmen.

Das vom spanischen Gesandten Marquis de Villalobar, holländischen Geschäftsträger Ministerresident van Schooten und von dem Delegierten des belgischen Ernährungsamtes, dem belgischen Staatsangehörigen Bree, gemeinsam verfaßte Protokoll über das Ergebnis ihrer Untersuchung über die Verhältnisse und Maßnahmen in Nordfrankreich und Belgien liegt bereits und wird halbamtlich veröffentlicht.

Nach dem Protokoll geht hervor, daß die Bevölkerung der englisch-französisch-amerikanischen Geschichte den ihre Wohnstätte verlassen muß.

Die Kommission stellt fest, daß die Fortführung der Nahrung angeht die Lage als ein Vorgehen der Nahrungsmittel betrachtet werden muß. Die Gesandten gehen gern an, daß die Maßnahmen, die von den Behörden in den Städten, denen die Beschiebung der Nahrungsmittel ergriffen worden sind, stets von der Sorge um die Bevölkerung getragen waren, deren trauriges Schicksal, so gut es ihnen möglich war, zu mildern bemüht sind.

Wird nun Wilson noch weiter an die Märchen von deutschen Gräueltaten glauben?

Von einem zehntausendigen Heer keine Rede.

Die holländische Presse beschäftigt sich vielfach mit der Bekämpfung der deutschen Lügen. Das „Arnhemische Ad“ hebt mit Bemerkung die Weisheit des holländischen Rückzuges hervor und auch die „Provinciale Courant“ spricht von seiner bewundernswürdigen Durchführung. „Nieuws van den Dag“ weist hin, daß es den Feinden nicht gelungen sei, den holländischen Heeren ein Sedan zu bereiten. „De Rotterdammer“ schreibt aus dem Rückzug auf eine eiserne Linie in dem deutschen Heere, so daß von einem getrennten Heere keine Rede sein könne. Im übrigen beschränkt sich die Presse lebhaft mit dem Nähertrüben der Dinge. Mehrere Blätter berichten, es seien bereits englische Granaten auf holländisches Gebiet gefallen.

Das Verbleiben der Schlacht.

Bei der Besprechung der großen Schlacht im Westen der Oberen Väst in den „Völler Nachrichten“ zu folgendem Ergebnis: Der Charakter der Schlacht hat auch in der letzten Zeit sich nicht geändert. Außer in Flandern leisten die Deutschen immer noch so ständigen Widerstand, daß es dem Feind noch nirgends gelungen ist, den Zusammenstoß der deutschen Front zu lockern. An vielen Stellen erhalte man sogar den Eindruck, daß die Kraft der Verteidigung eher zu als abnehme. Das kann eine Absicht, aber auch für die Deutschen die Notwendigkeit sein, die Verbündeten solange hinauszulassen, bis die Feinde hinter der Front geräumt und seine Stellungen Aufnahme bereit sind.

Der Gefangenenaustausch.

England lehnt ab.

Die bereits in der englischen Presse angekündigte Wort der britischen Regierung auf die letzte Äußerung der deutschen Regierung zur Frage der Unterzeichnung der Gefangenenaustausch von 14. Juli 1918 ist nicht eingegangen. Die englische Regierung lehnt ab, die von der deutschen Regierung geforderten Sicherheiten und Deportationsmaßnahmen gegenüber den Deutschen in China ab; auch beharrt sie auf dem ihr gemachten Vorschlag zur Abänderung der Vereinbarung insoweit, als sie die gegenwärtig in Niederlande und der Schweiz internierten Offiziere und Mannschaften von Unterseebooten als einzige von der Heimkehrung auszulassen sehen will, während sie sich mit der Heimkehrung der in diesen Ländern internierten Offiziere Unterseebooten einverstanden erklärt. Eine Begründung dieser Unterzeichnung, die den von der Entente so oft demokratischen Grundrissen widerspricht, wird ihrerseits nicht gegeben. Es steht zu hoffen, daß damit nicht das letzte Wort gesprochen ist. Immerhin muß festgestellt werden, daß die englische Regierung Verantwortung für die Hinauszögerung des Inkrafttretens der Haager Vereinbarung trägt, indem sie dem wichtigsten Wunsch der deutschen Regierung nach Schutz der belgischen die Erfüllung verweigert und auf einen anderen, der Billigkeit widersprechenden Abänderungsplan zu der von ihren Delegierten unterzeichneten Vereinbarung besteht.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 23. Okt. Infolge freundschaftlicher Vereinbarung sind sieben in spanischen Bänen befindliche deutsche Schiffe mit 21 000 Tonnen der spanischen Regierung als Ersatz für verletzten Schiffsraum überlassen worden.

Budapest, 23. Okt. Im ungarischen Abgeordnetenhaus stellte Graf Tisza u. a. fest, daß auf das Ultimatum an Serbien, an dem er mitgearbeitet habe, weder Kaiser Wilhelm noch sonst ein deutscher Faktor Einfluß gewonnen habe.

Osaka, 23. Okt. Das Schatzamt der Vereinigten Staaten eröffnete Italien einen neuen Kredit von 200 Millionen Dollar und Frankreich einen solchen von 100 Millionen Dollar. Das Schiffbauamt erbat noch 120 Millionen Dollar für die Konstruktion von Schiffen, wodurch der dafür angelegte Gesamtbetrag auf 3004 Millionen steigt.

Amsterdam, 23. Okt. Der König und die Königin von Belgien besuchten gestern Brügge.

Amsterdam, 23. Okt. Den Blättern zufolge sind gestern wieder einige Tausend Flüchtlinge über die belgische Grenze gekommen.

Lugano, 23. Okt. Die tschecho-slowakische Regierung in Paris ist von der italienischen Regierung anerkannt worden.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 24. Oktober.

Wie schützt man sich gegen die Grippe? Die Grippe, die zuerst im Juli dieses Jahres in Preußen und Deutschland in größerer Ausdehnung aufgetreten ist und dann vorübergehend nachgelassen hat, ist seit etwa 14 Tagen in erheblich stärkerer Vorbereitung wieder erschienen. Nicht nur die Zahl der Fälle, sondern auch die Schwere derselben hat in letzter Zeit merklich zugenommen, wie dies auch in den früheren Epidemien, namentlich im Winter 1889/90 der Fall gewesen ist. Schwere Lungenentzündungen, die vielfach tödlich endigen, und ruhrartige Erkrankungen sind im Verlaufe der Grippe beobachtet worden. Besonders zahlreich sind jugendlichere Personen, namentlich Frauen, erkrankt. An Maßregeln wird empfohlen, daß sich die Personen in der Umgebung von Kranken davor hüten, daß sie von den Kranken angehaucht werden. Man hat sich ferner, sobald man Krankheitserscheinungen spürt, möglichst der Bettruhe zu bestreben und vor Erläuterungen in Acht zu nehmen. Auch sollen Personen aus Familien, in denen Fälle von Grippe vorkommen, sich beim Verkehr mit anderen Personen möglichst vermeiden, damit sie die Krankheit nicht auf diese Weise übertragen. Endlich wird empfohlen, Raue und Rachen mit schwachen Lösungen von Wasserstoffsuperoxyd auszugurgeln. Im übrigen soll man Gerüchten, die im Publikum verbreitet sind, daß in Deutschland Lungenpest oder Hungertypus ausgebrochen wären, nicht glauben. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Krankheit in einigen Wochen zurückgeht wird.

§ 1. Schöffengericht Hagenburg (Sitzung vom 23. Okt.)
Mit 3 Tagen Gefängnis wurde das Hausmädchen Martha G. aus Celle wegen Diebstahls bestraft. — Der Beckenist Emil G. aus Rister erzielte auf seinen Einspruch gegen gerichtlichen Strafbefehl über 20 Mark wegen Kohlenvergehens Freisprechung. — Wegen Betrugs hatte sich der jugendliche Bedienter Guston J. aus Mudenbach zu verantworten. Er wurde für schuldig befunden und zu 20 Mark Geldstrafe hißweise 4 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Landwirt Wilhelm Sch. aus Niedermörsbach, der wegen Getreidevergehens laut gerichtlichen Strafbefehls 200 Mark zahlen sollte, hatte mit seinem Einspruch dagegen insofern Erfolg, als das Gericht auf eine Geldstrafe von 150 Mark, an deren Stelle im Nichtbeitragsfalle für 5 Mark 1 Tag Gefängnis teilt, und Kostenentragung erkannte. — Wegen unbefugten Schlichtens erhielt der Handelsmann Ferdinand W. von Hagenburg eine Geldstrafe von 100 Mark, hißweise für 5 Mark 1 Tag Gefängnis und Kostenentragung. Nach dem Strafbefehl, gegen den er Einspruch erhoben hatte, sollte er 300 Mark zahlen. — Der Hilfsarbeiter Adolf H. von Hagenburg sollte eine Entziehung vom Hilfsdienst laut gerichtlichen Strafbefehls mit 2 Wochen Gefängnis büßen. Auf seinen Einspruch hin erkannte das Gericht auf 100 Mark Geldstrafe hißweise für 4 M. 1 Tag Gefängnis und Kostenentragung. — Die Berufungsbehandlung gegen den Müller Aloys W. von Sophienthal wurde zwecks weiterer Aufklärung vertagt. — Freisprechung erzielte der Landwirt Wilhelm Sch. von Niedermörsbach, dem Unterschlagung von Getreidesäcken zum Nachteil des Proviandamts Adn. zur Last gelegt wurde. — Der Händler Hermann St. von Hagenburg, der gegen einen ihm wegen verbotenen Butter- und Fleischverkaufs zugestellten Strafbefehl über 30 Mark Einspruch erhoben hatte, erzielte keinen Erfolg; ihm fallen noch die entstandenen Kosten zur Last. — In einer Forstdiebstahlsache war niemand erschienen.

§ Militärrentenzahlung. Gelegentlich der diesmaligen Zahlung der Heeresrenten bei der Post am 29. Oktober gelangen erstmalig die ab 1. Juli 1918 neuerdings festgesetzten Zuschläge zu der Kriegsversorgung der Witwen und Waisen: für die Witwe 8 M., für die Halbwaise 3 M., für die Vollwaise 4 M. zur Auszahlung. Voraussetzung für die Zahlung ist aber, daß die Empfänger von Hinterbliebenenbezügen durch eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers usw. der Post gegenüber nachweisen, daß sie Familienunterstützung beziehen oder bezogen haben. Die in Betracht kommenden Hinterbliebenen werden daher aufgefordert, am 29. d. Mts. die erwähnte Bescheinigung persönlich am Posthalter vorzuzeigen, wo sie zurückgehalten werden. Alsdann werden ihnen die Zuschläge — rückwärts vom 1. Juli 1918 — gegen Vollziehung einer am Posthalter erhaltlichen Quittung gezahlt werden. Für die folgenden Monate ist die Beibringung einer vom Gemeindevorstand ausgestellten Bescheinigung nicht mehr erforderlich.

Aus dem Oberwesterwaldkreis, 22. Okt. Das Verdienst für Kriegshilfe wurde Allerhöchst verliehen den Herren Bürgermeistern a. D. Brandenburger in Weisenberg und Reis in Willingen, den Herren Bürgermeistern Kraun in Rister, Hoen in Feh-Rixhausen, Ködner in Mittelharter, Schmidt in Stockhausen, Jenner in Winkelsbach, Schneider in Lückenbach und Schneider in Korb. — Die gleiche Auszeichnung erhielt bereits früher auch Herr Pfarrer Freyemius in Hagenburg.

Limburg, 23. Okt. In der Nacht zum Samstag geriet auf dem Gelände des hiesigen Bahnhofs der Rangierer Karl Bremser von Freindiez zwischen die Puffer zweier Wagen und wurde totgedrückt.

§ (Schwurgericht.) Der Steinkipper Konrad Kleh

von Marienberg hatte sich am Montag wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Er soll sich durch einen Deudertelehrling Brotkarten verschafft, diese mit einem amtlichen Stempel ähnlich sehenden versehen, und in Verkehr gebracht haben. Im Besitze des Angeklagten wurden mehrere auf diese Weise hergestellte Brotkarten bei einer Durchsicherung der Wählung aufgefunden. Die Geschworenen verneinten die gestellten Schuldfragen. Es erfolgte daher die Freisprechung des Angeklagten.

Mainz, 24. Okt. Heute nacht erfolgten zwei Fliegerangriffe auf die offene Stadt Wiesbaden. Nach bisherigen Feststellungen wurden etwa sieben Bomben abgeworfen. Es entstand nicht unerheblicher Sachschaden an Privathäusern. Soweit bis jetzt bekannt, wurden fünf Personen, die sich in einem dieser Häuser befanden, vermisst. Nicht weitere Personen wurden verletzt. In dem Badeort Wiesbaden, in dem zurzeit Tausende von Verwundeten und Kranken Erholung suchen, befinden sich keinerlei militärische Ziele, die den Angriff auf diese Stadt irgendwie rechtfertigen könnten.

Kassel, 23. Okt. An einer auf der Dorfstraße bei Niederrad stehenden Strohprelle beschäftigten sich mehrere Jungen. Das vierjährige Söhnchen der Witwe Balzer kroch in die Presse und die anderen drehten am Schwungrad; ein Krachen und Brechen und der Junge war zerquetscht.

Nah und Fern.

o Zur Durchsicherung der Pakete in den Postanstalten wird amtlich mitgeteilt, daß sich die polizeiliche Kontrolle von Paketen, die in den Schalterräumen von Reichspostanstalten gelegentlich ausgeübt wird, auf solche Einzelfälle beschränkt, in denen der Verdacht begründet erscheint, daß es sich um Postsendungen des geweremäßigen Schleichhandels handelt. Daß noch nicht aufgelieferte Pakete in solchen Verdachtsfällen von den Polizeibehörden durchsucht werden dürfen, entspricht dem geltenden Rechtszustand.

o Was eine Buchhalterin verlangen kann. Auf das Gesuch einer Filmgesellschaft in Berlin nach einer Buchhalterin meldete sich eine Dame, die als festen Anpruch ein Monatsgehalt von 625 Mark verlangte. Daneben forderte sie aber zwei Prozent vom Umsatz. Da der Umsatz der Gesellschaft 10 Millionen im Jahr beträgt, so würde die Buchhalterin als Nebeneinkommen 200 000 Mark buchen können. Selbst bei einem Umsatz von nur einer halben Million im Jahr würde die Buchhalterin 10 000 Mark neben ihrem Gehalt bekommen.

o Keine Laubheimsammlungen mehr. Nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle sind jetzt die Laubheimsammlungen einzustellen, da mit der größtenteils eintretenden Verfärbung der Blätter die nahrhaften Säfte aus den Blättern in den Stamm abwandern. Die Blätter verlieren dadurch ihren Nährwert und werden für die tierische Nahrung ungeeignet. Wo die Verfärbung noch nicht einsetzt, ist unter allen Umständen von der Sammlung von Eichenlaub wegen des ständig steigenden Gerbstoffgehalts abzusehen.

o Dokordiplome in deutscher Sprache. Einzelne Fakultäten deutscher Universitäten stellen bereits philosophische und medizinische Diplome in deutscher Sprache aus. Bemerkenswert ist, daß die Frankfurter rechtswissenschaftliche Fakultät bereits seit dem Jahre 1915 den Titel eines Doktors der Rechte verleiht und dazu in deutscher Sprache geschriebene Diplome ausstellt.

o Eine Großfabrikation von Bezugsscheinen wurde in Berlin entdeckt. Ihr Inhaber und Leiter war ein früherer Buchdrucker Hermann Bohlens, der fahnenflüchtig war. Bohlens setzte, wie er selbst gesteht, täglich 70 bis 80 falsche Papiere ab, das Stück zu 1 Mark. Sein Lager war unerschöpflich. Außer Bohlens wurden auch eine ganze Reihe seiner Abnehmer festgenommen.

o Unvorbereitete Lehrer boykottiert. „Gazeta Romania“ meldet aus Ostrowiec, daß in dem dortigen Gymnasium die Schüler der siebenten Klasse in den Streik getreten seien, da die Lehrer nicht genügend vorbereitet zu den Stunden erschienen.

o Das Petersburger Winterpalais eine Volksküche. Die russischen Blätter melden: In der allernächsten Zeit wird im früheren Winterpalais in Petersburg, der ehemaligen Residenz des Zaren, eine Volksküche, in der 2000 Personen gespeist werden sollen, eröffnet. Diese Volksküche wird auch eine Zentralküche haben, in der für alle anderen Volksküchen Petersburgs Speisen zubereitet werden.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin, 23. Okt. Wegen des jähbaren Mangels an kleinem Gelde beabsichtigt nun auch die Reichshauptstadt Rotgeld drucken zu lassen und dann zu verausgaben.

Kathow, 23. Okt. Hier ist der bei der Kreisverwaltung angestellte Architekt Sippel, der mit der Brot- und Mehlverteilung des Kreises Westhavelland betraut war, wegen Schiebung von Reisbrotmarken verhaftet worden.

Koburg, 23. Okt. Als dieser Tage König Ferdinand von Bulgarien eine Autofahrt im Ostgarten unternahm und einen Spaziergang in den Wald machte, wurden ihm aus dem Automobil ein Helm und ein Militärmantel gestohlen.

Osaka, 23. Okt. In Guatemala hat ein Erdbeben stattgefunden, wobei 150 Menschen getötet und viel Eigentum zerstört wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Reichstagspräsident Fechenbach als Verteidiger. Vor der 1. Strafkammer des Berliner Landgerichts I erschien Mittwoch als Verteidiger des Angeklagten Reichstagspräsident Fechenbach, der bekanntlich von Beruf Rechtsanwalt ist. Es handelte sich um den Prozeß gegen den Restaurateur Alfred Walterpiel, den Besitzer des bekannten Restaurants Hiler in Berlin. Der Angeklagte war vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Übertretung der Maßregeln beim Einkauf von Lebensmitteln für seinen Restaurationsbetrieb in 28 Fällen zu 28 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gleichzeitig mit der Überbreitung der Höchstpreise werden ihm Vergehen gegen verschiedene kriegswirtschaftliche Bestimmungen zur Last gelegt. Gegen das schöffengerichtliche Urteil hatte der Angeklagte und auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. In der letzten Verhandlung wurde eine umfangreiche Beweisaufnahme vorgenommen.

§ Verurteilte Wucherer und Kettenhändler. Wegen umfangreichen Kriegswucherer und Kettenhandels mit Roggen, Gerste, Weizenmehl, Erbsen, Grütze und Kuchengebäck verurteilte die Strafkammer in Königsberg den Geschäftsführer Wenzel Nowarischel aus Landsburg zu 8 Monaten Gefängnis, 8000 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust, den Bankvorsteher Janus Worglowski aus Landsburg zu 10 Monaten Gefängnis, 12000 Mk. Geldstrafe und 5 Jahren Ehrverlust, den Agenten Heinemann Cohn aus Hamburg zu 6 Monaten Gefängnis und 2000 Mk. Geldstrafe und den Goldkassieranten Lucie aus Altona zu 2000 Mk. Geldstrafe. Die übermäßigen Gewinne wurden eingezogen.

§ 10000 Kronen Strafe für Wohnungswucher. Das Kriegswucheramt zu Wien verhandelte gegen die Baronin Sophie Merode Marquis de Treslon, die beschuldigt war, die Miete für eine Kleinwohnung eines ihr gehörigen Hauses für einen neu einziehenden Mieter ungerechtfertigterweise gesteigert und überdies von dem Mieter eine einmal zu entrichtende Mietgebühr von 200 Kronen beansprucht zu haben. Durch das Verlangen dieser Mietgebühr glaubte die Beschuldigte die Bestimmungen der Mieterschutzverordnung umgehen zu können. Die Marquise wurde schuldig erkannt und zu einer Geldstrafe von 10000 Kronen verurteilt.

Japan auf dem Weltmarkte.

Englands und Amerikas neuer Mitbewerber.

Das Wachstum der japanischen Industrien und die sich von Tag zu Tag verstärkende japanische Konkurrenz wird nicht nur in den Vielverhandlungsstaaten, sondern auch bei den Neutralen mit Beforgnis wahrgenommen. Die Londoner „Financial News“ veröffentlicht einen Artikel über den Wiederaufbau von Industrie und Handel nach dem Kriege, der sich besonders mit dem ungeheuren Aufschwung der japanischen Industrie nach der Ausschaltung Deutschlands auf dem Weltmarkte befaßt. Wie dort ausgeführt wird, kommen Japan für die Entwicklung seiner Industrien vor allem seine Nachahmungsfähigkeit und billigen Arbeitskräfte zu Gute. Während des Krieges seien z. B. japanische Uhren nach China, Indien, den Südeinseln, den Straits Settlements und sogar nach Großbritannien, Frankreich und Italien gegangen; augenblicklich herrsche Mangel an Uhrfedern, da in verschiedenen Ländern die Ausfuhr von Stahl verboten sei; wie man höre, verfertigten die japanischen Uhrmacher deshalb die Uhren zunächst ohne Federn und nahmen sie bis zum Wiedereintreffen von Federn auf Lager.

Diese englisch-amerikanische Meinung ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt, wie sehr die Industrien der überseeischen Länder durch die Selbstzerfleischung der europäischen Völker gestärkt worden sind. So erscheinen in der japanischen Ausfuhr Waren, die das Land des Mikado früher aus Europa bezog, beispielsweise Nadeln, Emaillewaren, Fensterglas, Uhrengehäuse, elektrische Lampen, Füllfederhalter und dergleichen. Soweit sich die japanische Konkurrenz gegen die Kriegsviehenden, vor allem gegen England und Amerika richtet, ist allerdings zu erwarten, daß nach dem Kriege ein Teil dieser japanischen Absatzgebiete wieder verlorengehen wird. Die europäischen Neutralen werden aber auch in Zukunft unter der japanischen Konkurrenz sehr zu leiden haben. So wird, um ein Beispiel unter vielen anzuführen, es der schweizerischen Uhrenindustrie, die bisher den Weltmarkt beherrschte, nicht gleichgültig sein, daß, wie die „Financial News“ betonen, japanische Uhren sich ein breites Absatzgebiet erobern haben.

Es wird ja überhaupt eine der schwerwiegenden, wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges sein, daß die

bisher industriell wenig entwickelten überseeischen Gebiete während des Krieges darangehen sind, eigene Industrien zu entwickeln; weil ihre Warenbezüge aus Europa unterbunden wurden. Schon jetzt klagten englische Fachblätter darüber, daß in China, Südafrika und Australien ganze Industrien entstanden sind, daß diese Länder jetzt Waren und Fabrikate erzeugen, die sie vor dem Kriege aus Europa bezogen. Dazu kommt, daß die Japaner sich erfolgreich bemühen, früher von England gelieferte Waren auch nach Südafrika einzuführen. Diese Einfuhr geht nördlich bis nach Rhodesien. Insbesondere erhält jetzt Südafrika aus Japan Baumwollwaren, und zwar hauptsächlich wegen der Schwierigkeiten, denen die Ausfuhr südafrikanischer Aufträge in Lancashire begegnet. Ferner beziehen südafrikanische Firmen, die aus Sheffield nichts erhalten können, jetzt die früher von dort bezogenen Messerschmiedewaren, Steingut und Porzellan aus Japan. Zahlreiche andere Handelszweige Englands werden in ähnlicher Weise betroffen.

Während also England und Amerika sich in schönem Wettstreit bemüht haben, Deutschlands Industrie- und Handelswettbewerb zu vernichten, hat sich in aller Stille Japan als neuer Wettbewerber eingestellt. Soll er nun auch erschlagen werden?

Bermischtes.

Das Schwein als Schauspieler-Chengabe. Vielfach ist es in der letzten Zeit üblich geworden, Schauspielern als Zeichen des Beifalls statt Blumen nahrhaftere Gegenstände zu verehren. Auch in den nordischen Ländern hat sich diese Gewohnheit eingebürgert. Man begann mit einem Quantum Kaffee; dann kam ein beliebter Schauspieler mit einem Sack Kartoffeln an die Reihe, und jetzt hat Upsala einen Rekord aufgestellt: man reichte der Schauspielerin Maria Johnson ein ganzes Schwein auf die Bühne.

Wie man alte Schienen neu macht. Das „New York Wall Street Journal“ berichtet, daß in den Vereinigten Staaten jetzt alte Eisenbahnschienen in neue umgearbeitet werden. Ein neues Patentverfahren ermöglicht es, eine 33 Fuß lange, 100 Pfund schwere Schiene in eine solche von 34 Fuß, 90 Pfund schwer, oder von 35 Fuß Länge, 92 Pfund schwer, umzuwandeln. Bei dem Verfahren werden die Schienen erhitzt und durch Formwalzen getrieben. Um den Charakter des Stahls nicht zu verändern, wird nur mäßige Hitze angewandt. Später werden die Schienen durch eine Schleifmaschine von Unregelmäßigkeiten befreit.

„Geist ist stärker als Eisen.“ In dem „Briefe eines Diplomaten an seinen Sohn“, den die „V. Z.“ am Mittwoch veröffentlicht, findet sich eine bezeichnende Stelle über die Wirkungen des deutschen Rückzuges im Westen auf den Geist unserer so hart kämpfenden Fronttruppen. Ein auf kurzen Urlaub eingetroffener Major erzählt dem Briefschreiber: „Das ewige Rückwärtslaufen macht die Leute nicht freudig. Daß sie bis jetzt ausgehalten, macht ihnen keine Ehre der Welt nach. Sie sind natürlich, da die freudigen Momente nicht häufig sind, etwas stumpf und dumm. Daß Seelenschlappheit eintritt, ist natürlich. Aber alles hängt jetzt am Offizierkorps. Daß da der Schwung von 1914 etwas abgeklaut ist, machen die Kriegsjahre. Aber da sind Momente, die doch erheben wirken. So in meinem Regimente haben sich die Herren freiwillig das Wort gegeben, in diesen schweren Tagen nur mehr

Mannschaftskost zu essen mit der Mannschaft, und Unterstand mehr zu betreten, sondern in den Linien zu bivouakieren und immer Fühlung mit den Leuten zu behalten. Von anderen Regimentern hörte ich daselbst, ich habe Brigadeführer gesehen, die wie die Soldaten durch ihren Infanteriekampfabschnitt liefen. Wieder machte unser alles Kampfbewußtsein von 1914, auch höhere Offiziere gehört nach vorn. Und wenn es so weitergeht, ist das ganze Heer ein einziger Kamerad.“ Dazu bemerkt der Abiender des Briefes: „Diese Worte eines alten tapferen B. strafften mich moralisch wieder auf. Es bleibt bei dem Generalstabswort, mein lieber Fritz: Eisen ist härter als Menschenfleisch, aber der Geist ist härter als Eisen. Diesen Geist nicht fliehen zu lassen durch Lügen und unzeitiges Jammern, das müßte eine der Hauptaufgaben der heutigen Regierung sein.“

Voll in Not.

Nur nicht zagen, nicht verlagen,
Nur in diesen schwülen Tagen
Mutlos nicht die Waffen strecken,
Wenn, als wären sie schon Sieger,
Englands Leu und Frankreichs Tiger
Sprungbereit die Bühne bedecken.

Losgelassen ist die Meute,
Sierig lechzet sie nach Beute,
Neder will ein Stübchen erschnappen;
Was sich je vom Raube nährte,
Schnuppernd auf des Wildes Fährte
Kläfft es jetzt um einen Happen.

Doch noch halten Damm und Ufer,
Und der Hei- und Duffarner
Darrt vielleicht noch Schicksalswende,
Noch ist für das wilde Raufen
Das Kalat nicht gebrochen,
Und die Jagd ist nicht zu Ende.

Noch mit Hieb und Stich uns wehren
Können wir, wenn sie begehren,
Gegen uns den Dolch zu zücken;
Sollen wir im Kampfe fallen,
Sei es! Doch von ihren Krallen
Lassen wir uns nicht erdrücken.

Unser Sehnen geht nach Frieden,
Aber ist's uns nicht bechieden,
Uns aus Not und Graus zu retten,
Wollen alles Leid wir tragen,
Auch im letzten nicht verlagen,
Sterben — aber nicht in Ketten!

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Kaffee-Einfuhrhandel.** In Hamburg fand die Gründung des Kaffee-Einfuhr-Bereins statt. Dieser Verein soll als Verwaltungskörper des Kaffee-Einfuhrhandels die Wirtschaftstelle für die Übergangswirtschaft in Kaffee gemäß der Bundesratsverordnung vom 2. September 1918 über Kaffeewaren. Der Beitritt zu dem Verein steht allen offen, welche vor dem 1. August 1914 Kaffee nach Deutschland eingeführt haben.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Kirchbühl in Hachenburg.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Meldepflicht bei Vollendung des 17. Lebensjahres.

Jeder im Reichsgebiet wohnhafte männliche Deutsche oder Angehörige der österr.-ungarischen Monarchie, der das 17. Lebensjahr vollendet, hat sich spätestens 2 Wochen nach diesem Zeitpunkt bei dem Einberufungsausschuss seines Wohn- oder Aufenthaltsortes zur Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen zu melden. Zu gleichem Zweck hat sich jeder männliche Deutsche oder Angehörige der österr.-ungarischen Monarchie im Alter von vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, der nach dem 20. Dezember 1917 seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in das deutsche Reichsgebiet verlegt hat oder künftig verlegt, bei demselben Ausschuss zu melden, sofern er nicht zum aktiven Heer oder zur aktiven Marine gehört.

Die Meldung bei dem Einberufungsausschuss kann persönlich oder schriftlich erfolgen. Die schriftliche Meldung geschieht durch ordnungsmäßige Ausfüllung der vorgeschriebenen Meldebarte, die bei der Ortsbehörde und bei dem Einberufungsausschuss erhältlich ist. Die ausgefüllte Meldebarte ist entweder bei dem Einberufungsausschuss abzugeben oder in offenem, unfrankiertem Umschlag, der mit der Adresse des Einberufungsausschusses versehen sein muß, bei einer Postanstalt (Postagentur) aufzuliefern. Die Postanstalt gibt dem Ueberbringer die der Meldebarte angeheftete Meldebefestigung ausgefüllt und gestempelt zurück. Diese Befestigung ist von dem Hilfsdienstpflichtigen sorgfältig aufzubewahren.

Für die Inassen öffentlicher oder privater Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw., mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) haben die Anstaltsleiter die Meldung zu erstatten (§ 5, § 8 Abs. 4, § 15, § 16 Abs. 2 der Verordnung).

Wer die Meldung schuldhaft unterläßt, kann vom Einberufungsausschuss mit einer Ordnungsstrafe bis zu 100 Mark und, wenn die Geldstrafe nicht beigetrieben ist, mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden. Gegen die Festsetzung der Strafe findet Beschwerde an den Festsetzungsausschuss statt, die bei dem Einberufungsausschuss, dessen Beschluß angefochten wird, einzulegen ist. Der Einberufungsausschuss ist befugt, der Beschwerde abzuhelfen; die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird bestraft, wer in der Meldung wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Das Geschäftszimmer des Einberufungsausschusses befindet sich: Beim Bezirkskommando in Limburg (Lahn).

Marientberg, den 7. Oktober 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich habe Ihnen heute Sonderabdrücke vorstehender Bekanntmachung zugehen lassen und ersuche, sie auf ortsübliche Weise wiederholt weiter zu veröffentlichen. Die Verpflichtung zur Anmeldung zur Hilfsdienststammrolle ist in der Bevölkerung noch nicht genügend bekannt und führe diese Unkenntnis zu Verstärkungen durch den Einberufungsausschuss, die von den Betroffenen häufig als unbillig empfunden werden.

Falls noch Bedarf an Abdrücken besteht, ist dieser bei der Abteilung I der Kriegsamstelle in Frankfurt a. M. unmittelbar anzumelden.

Der Königliche c. Landrat.
Ulrici.

Wied. veröffentlicht.

Hachenburg, den 16. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Am Samstag, den 26. Oktober 1918, nachmittags von 1 bis 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz **Butterverkauf** statt und zwar wie folgt:

von 1—2 Uhr Fettarte Nr. 1—125	
„ 2—3 „ „ „ 136—250	
„ 3—4 „ „ „ 251—375	
„ 4—5 „ „ „ 376—Schluß.	

Preis pro Pfund 4,30 M.

Hachenburg, den 24. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Mein Lager in Möbeln

ist wieder reichlich gefüllt:

komplette Schlafzimmer, Bettstellen
Vertikows

sowie Küchenschränke, Glasschränke u. s. w.
Karl Baldus, Hachenburg.



Statt besonderer Anzeige.

Am 23. d. M. erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber, unvergeßlicher, hoffnungsvoller Sohn, Bruder, Nefte und Vetter

Wilhelm Christian

Fahrer im Fußartillerie-Bataillon Nr. 55
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse

am 14. Oktober 1918 im jugendlichen Alter von 22 Jahren infolge Granatsplitterverwundung nach 33monatiger treuer Pflichterfüllung den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat.

Hachenburg, den 24. Oktober 1918.

In tiefster Trauer

Familie Josef Christian.

Das Seelenamt findet am Montag, den 28. Oktober, statt. Die Beerdigung in der Heimat erfolgt nach Ueberführung.

Wasser- u. Dampf-Einkochapparat

Einkoch- und Einmachgläser

Salzyl-Bergamentpapier

Butterbrotpapier

Feldpost-Blechküchen und dergl.

empfehlen
Josef Schwan, Hachenburg

Goldgeist
und Ungezieferfalle

Preis zu haben bei
Karl Pasbach, Drogerie,
Hachenburg.

Suche für sofort
später ein

tüchtiges Mädchen
Frau Karl Bierbrau
Hachenburg

Zoo-klassiges tüchtiges
Mädchen

in kleinen Haushalt
Behalt gesucht. Näheres
Hof- Schmidt, Hachenburg

Bauernkotten
oder kleines Gut
zu kaufen gesucht

Ausführliche Anzeiger
Nr. 2. 7759 an die Geschäftsstelle
dieses Blattes.

Zwei sehr gut erhaltene
Holz-Kinderbettstellen

(Dreckslerarbeit) preiswert
verkauft bei
Seinr. Orthey, Hachenburg

Eine gute
Gans

zu verkaufen bei
Schiefer, Alpenrod.

Siegellack

beste Ware
in rot, braun und schwarz

empfehlen
Ch. Kirchbühl, Hachenburg